

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 30. Juni 2020

Fleischindustrie

Die Corona-Infektionen in der Fleischindustrie haben den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Anlass der von allen Fraktionen beantragten Debatte war der Ausbruch im Kreis Gütersloh. S. 6

Kaufhäuser

Der Warenhauskonzern „Galeria Karstadt Kaufhof“ will bundesweit mehr als 60 Filialen schließen. Die Abgeordneten diskutierten über die Auswirkungen auf Kommunen und Beschäftigte in NRW. S. 7

Lehrerfortbildung

Wie sollte die Fortbildung von Lehrkräften reformiert werden? Zu dieser Frage haben sich Sachverständige in einer Anhörung geäußert. Grundlage: ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP. S. 9-11

Landesverfassung

Die Landesverfassung ist 70 Jahre alt. Im letzten Teil der Serie geht es um die Fortentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten – auch ein Spiegelbild des gesellschaftlichen Wandels. S. 14-15

Alltag mit Abstand

Landtag debattiert Corona-Strategien



INHALT

SEMINARE

FORTBILDUNG

SCHULUNG

Fortbildungen für den Unterricht

<u>Anhörung: Expertinnen und Experten sehen Reformbedarf</u>	S. 9
<u>Standpunkte</u>	S. 10

Foto: Shutterstock.com

Aus dem Plenum

<u>Streit um Corona-Strategie</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Corona und die Fleischindustrie</u>	S. 6
<u>Sorge um die Innenstädte</u>	S. 7
<u>Corona: Schutz aus Acrylglas</u>	S. 8
<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 12

Forum

<u>Serie: Zeitstrahl zur Landesverfassung</u>	S. 14
<u>Gesetzgebung</u>	S. 16
<u>Aus den Ausschüssen Meldungen</u>	S. 18
<u>Im Porträt Wibke Brems (Grüne)</u>	S. 19
<u>Kurz notiert</u>	S. 20

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 26. Juni 2020, 11.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Streit um Corona-Strategie

Kontroverse Debatte nach Unterrichtung der Landesregierung

24. Juni 2020 – Erneut hat die Landesregierung den Landtag über den aktuellen Stand im Kampf gegen die Corona-Pandemie unterrichtet. In der sich anschließenden kontroversen Debatte ging es auch um die Strategie der Landesregierung.



Ministerpräsident Armin Laschet (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) unterrichtete den Landtag u. a. über soziale und wirtschaftliche Maßnahmen der Landesregierung zur Bewältigung der Pandemie, aber auch über die aktuelle Lage in den Kreisen Gütersloh und Warendorf nach dem Corona-Ausbruch in der Tönnies-Fleischfabrik. Die Landesregierung habe verantwortungsvoll gehandelt und einen lokalen „Lockdown“ in beiden Kreisen veranlasst, betonte Laschet. Um die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern, kündigte der Ministerpräsident ein Konjunkturprogramm in Höhe von 8,9 Milliarden Euro an. Es soll u. a. Kommunen entlasten, Geld für die Digitalisierung in Schulen bereitstellen, Krankenhäusern zugutekommen sowie Kunst und Kultur fördern.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte, Laschet habe sich während der Corona-Krise über Monate für einen „Alleingang“ entschieden, „Führungsschwäche“ gezeigt und mit der „Verwaltung der Krise“ begnügt. Mit der Entscheidung für einen lokalen „Lockdown“ in den betroffenen Landkreisen habe die Landesregierung zu lange gezögert. Der Stammsitz der Firma Tönnies in Rheda-Wiedenbrück sei mit mehr als 1.500 Infizierten „heute der größte Hotspot in ganz Europa“. Es sei fahrlässig gewesen, den Betrieb von Abstandsgeboten zu befreien und Tests zunächst in Eigenregie durchführen zu lassen.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** verteidigte das Krisenmanagement der Landesregierung. Der Ministerpräsident handle besonnen, die Regierung mache ihre Arbeit. Deutschland sei bislang im internationalen Vergleich gut durch die Krise gekommen. Daran habe Nordrhein-

Westfalen durch eine „kluge Politik von Maß und Mitte“ einen gehörigen Anteil. Der Opposition warf er „Schwarzsehen und Schlechtrecken“ vor. Die vor drei Monaten von SPD und Grünen angekündigte konstruktive Mitarbeit sei von der Opposition aufgekündigt worden. Diese werfe mit Schmutz in der Hoffnung, dass etwas an der Landesregierung hängenbleibe.

„Keine Schnellschüsse“

Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker** erwiderte, die Opposition habe Ende März den 25-Milliarden-Rettungsschirm mit verabschiedet und geholfen, einen „schludrigen Entwurf“ für ein Pandemiegesetz nachzubessern. „Das nenne ich konstruktive Politik.“ Es sei der Ministerpräsident gewesen, der das versprochene koordinierte und kooperative Vorgehen nicht eingehalten

habe – gegenüber der Opposition, den Kommunen und den Schulen. Der rote Faden seines Krisenmanagements sei, erst Lockerungen anzukündigen und dann zu schauen, wie die Verantwortlichen vor Ort diese umsetzen. Düker: „Umgekehrt wäre es richtig gewesen.“

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** wies die Kritik von SPD und Grünen zurück. Er warnte vor „Schnellschüssen“. Wichtig sei, die Verhältnismäßigkeit von Schritten zu prüfen, und genau das habe Ministerpräsident Laschet getan. CDU und FDP gehe es darum, mehrere Ziele zu erreichen. Ganz oben stehe der Gesundheitsschutz, wichtig seien aber auch persönliche Freiheit sowie die Sicherung von Existenzen und Arbeitsplätzen. „Wir machen als NRW-Koalition das Mögliche möglich, zaubern können wir auch nicht“, sagte Rasche. Um die Geschäfte in den Innenstädten zu stärken, warb Rasche für eine vorübergehende Neuregelung der Sonntagsöffnungen.

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** warf dem Ministerpräsidenten eine „unstrukturierte Hü- und-Hott-Natur“ vor, er habe „seine Hausaufgaben nicht gemacht“. So könne man Nordrhein-Westfalen nicht führen. Das Krisenmanagement der Landesregierung sei mangelhaft. Für den Corona-Ausbruch im Kreis Gütersloh werde nun der Unternehmer Clemens Tönnies verantwortlich gemacht, er sei der „perfekte Sündenbock“. Das Unternehmen stehe auch in der Verantwortung, sagte Wagner. Allerdings versuche die Politik, eigene Fehler dahinter zu verstecken. Sie habe die Bedingungen in der Fleischverarbeitung erst geschaffen. *tob, wib, zab*

Ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP ([17/9918](#)) zur Unterrichtung wurde mit Mehrheit angenommen, ein Antrag der SPD-Fraktion („Was folgt dem Applaus für die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger? Nordrhein-Westfalen zieht Lehren aus der Corona-Krise und setzt jetzt auf einen sozialen Neustart für die Vielen.“, [17/9808](#)) mit Mehrheit abgelehnt.



Monika Düker (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

Fotos: Hartmann



Corona und Familienbonus

24.6.2020 – Die Abgeordneten haben sich mit einem Antrag der SPD-Fraktion ([17/9812](#)) zur Aufstockung des Familienbonus von 300 auf 600 Euro beschäftigt. Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) hätten am 22. Mai 2020 bei der Vorstellung ihres Plans zur Konjunkturförderung einen Familienbonus von 600 Euro pro Kind gefordert, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag. Mit dieser Einmalzahlung des Bundes sollten Privathaushalte und die Binnenkaufkraft gestärkt werden. Etwa zwei Wochen später habe Pinkwart erklärt, 300 Euro reichten als Familienbonus aus. Mit einem eigenen Konjunkturprogramm wolle das Land Nordrhein-Westfalen in den nächsten Wochen zusätzliche Mittel bereitstellen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern, so die SPD-Fraktion: „Wer 600 Euro für die Familien in NRW fordert, der kann als Ministerpräsident auch dafür sorgen, dass die Familien in NRW dies bekommen.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, Grünen und AfD abgelehnt.

Gifttiergesetz

24.6.2020 – In Nordrhein-Westfalen wird Privatpersonen und grundsätzlich auch Gewerbetreibenden künftig die Haltung von sehr giftigen Tieren verboten sein. Dies sieht das Gifttiergesetz ([17/8297](#) und [17/9915](#)) der Landesregierung vor, das der Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP in zweiter Lesung verabschiedet hat. Alle anderen Fraktionen stimmten dagegen. Sehr giftige Tiere sind demnach solche, die wegen ihrer starken Giftwirkung nach Bissen oder Stichen in der Lage sind, Menschen erheblich zu verletzen oder zu töten, darunter Giftschlangen, Skorpione oder bestimmte Spinnenarten. Die Haltung dieser Tiere soll nur übergangsweise aus Bestandsschutzgründen weiterhin möglich sein. Die Halter müssen die Tiere den Behörden anzeigen und ihre Zuverlässigkeit sowie

den Abschluss einer Haftpflichtversicherung nachweisen. Im Gesetzentwurf heißt es, dass durch das Entweichen von giftigen Tieren für die im Umfeld betroffenen Menschen und Einsatzkräfte eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben bestehe. Die Suche nach den Tieren ziehe hohe Kosten für die Allgemeinheit nach sich. Bislang bedurfte es keiner besonderen Berechtigung zur Haltung dieser Tiere. Der Entwurf der Grünen-Fraktion für ein „Gefahrtiergesetz“ ([17/7367](#)) wurde in zweiter Lesung abgelehnt.

Endlager in Belgien

24.6.2020 – Belgien suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle und prüfe dabei auch mögliche Standorte in den Grenzbereichen der Nachbarländer, heißt es in einem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Endlager für hochradioaktiv strahlende Abfälle im deutsch-belgisches Grenzgebiet – deutsche Beteiligung am Konsultationsverfahren sicherstellen“, [17/9817](#)). Auf deutscher Seite lägen mögliche Standortregionen „zum Teil nur wenige Kilometer von den Grenzcommunen Monschau und Hellenthal sowie unweit von Aachen“, heißt es in dem Antrag. Als „unmittelbarer Nachbar Belgiens“ müsse Nordrhein-Westfalen bei der Suche eingebunden werden. Die Fraktionen äußern in diesem Zusammenhang Kritik. So sei von „belgischer Seite“ nicht auf eine befristete öffentliche Konsultation hingewiesen worden, bei der Anregungen und Bedenken vorgebracht werden könnten. Die Landesregierung habe sich jedoch unabhängig davon mit einer eigenen Stellungnahme an die belgische Regierung gewandt. Die Landesregierung solle das Verfahren zur Endlagersuche in enger Abstimmung mit dem Bund weiter konstruktiv begleiten, fordern die Fraktionen. Sie verlangen einen engen Austausch „über die Ergebnisse der jeweiligen Verfahrensschritte“. Bei der Suche nach einem Atommüll-Endlager müsse zudem „das gesamte belgische Landesgebiet in den Blick genommen werden, ohne dass vorab einzelne geologische Formationen pauschal ausgeschlossen werden“. Für den Antrag stimmten die Frak-

tionen von CDU und FDP. SPD, Grünen und AfD enthielten sich. Entschließungsanträge der Grünen ([17/9916](#)) und der SPD ([17/9917](#)) wurden abgelehnt.

Loveparade-Katastrophe

25.6.2020 – Der Landtag hat anlässlich des zehnten Jahrestags der Loveparade-Katastrophe von Duisburg der Opfer gedacht. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen hatten dazu einen gemeinsamen Antrag eingebracht („Zehnter Jahrestag der Loveparade-Katastrophe in Duisburg – Erinnerung bewahren und Lehren für die Zukunft ziehen“, [17/9799](#)). Es habe sich um „eines der schlimmsten Unglücke in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen“ gehandelt, schreiben die Fraktionen. 21 Menschen seien gestorben, mehr als 500 zum Teil schwer verletzt worden. Vor dem Landgericht Duisburg habe eines der aufwändigsten Strafverfahren in der Geschichte der Bundesrepublik stattgefunden. „Aber auch wenn der Prozess nicht mit einem Urteil beendet wurde, war er nicht ohne Ergebnis“, so die Fraktionen weiter. Das Landgericht habe die Gründe aufgeführt, „die nach seinen Erkenntnissen aus der Beweisaufnahme in ihrer Gesamtheit zu dem Unglück führten“. Der Landtag beschloss einstimmig, den bisherigen Soforthilfe-Fonds für Opfer und Angehörige „weiterzuführen oder einen ergänzenden Hilfsfonds für die Opfer der Loveparade-Katastrophe einzurichten“, ebenso „einen Opferschutzfonds für Opfer von Katastrophen und Gewalttaten in Nordrhein-Westfalen“. Darüber hinaus solle eine Kommission eingesetzt werden, die „unter Einbeziehung externer Fachleute einen Beitrag zur Überarbeitung des Orientierungsrahmens für die Ausrichtung von Großveranstaltungen im Freien leisten soll“.

Zweiter Nachtragshaushalt

25.6.2020 – Der Landtag hat das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2020 in dritter Lesung verabschiedet. „Die finanzwirtschaftlichen Folgen



des Coronavirus treffen in ihren Auswirkungen nicht nur die gewerbliche Wirtschaft, sondern auch Institutionen und Unternehmen der öffentlichen – insbesondere auch der sozialen – Infrastruktur sowie die nordrhein-westfälischen Kommunen“, heißt es im Gesetzentwurf (17/9060). Vor diesem Hintergrund solle die landeseigene NRW.Bank weiterentwickelt werden. Ihre kreditwirtschaftlichen Unterstützungsangebote würden künftig in drei Programme gebündelt. Sie dienen der Unterstützung öffentlicher und sozialer Infrastrukturen („InfrastrukturCorona“), der nordrhein-westfälischen Kommunen („KommunalCorona“) und der gewerblichen Wirtschaft („Universal-Corona“). Das Haushaltsvolumen bleibt laut Entwurf durch das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz unverändert. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. SPD und Grüne enthielten sich.

Europabezug

25.6.2020 – 70 Jahre nach ihrem Inkrafttreten wird die nordrhein-westfälische Landesverfassung um einen Europabezug ergänzt. Eine entsprechende Verfassungsänderung wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit in dritter Lesung vom Landtag verabschiedet. Der Gesetzentwurf (17/9352) war von den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen vorgelegt worden. In Artikel 1 Absatz 1 wird der ursprüngliche Satz „Nordrhein-Westfalen ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland“ um „und damit Teil der Europäischen Union“ ergänzt. Zudem wird ein neuer dritter Absatz hinzugefügt. Die Fraktionen hatten u. a. argumentiert, Nordrhein-Westfalen habe „nicht zuletzt aufgrund seiner geografischen Lage im Herzen Europas und seiner besonders engen Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn“ ein besonderes Interesse an den Errungenschaften der europäischen Integration. Die Verfassungsgeber des Jahres 1950 hätten die bis heute erreichte Tiefe und Breite der europäischen Integration nicht vorhersehen können (mehr zum Thema lesen Sie auf den S. 14-15).

Leverkusener Rheinbrücke

26.6.2020 – Der Landtag hat sich in einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde (17/9892) mit den Verzögerungen beim Neubau der Leverkusener Rheinbrücke befasst. Einem Medienbericht zufolge, so die SPD, soll die „Frage einer Kündigung der vertraglichen Beziehungen mit dem Generalunternehmer Porr AG bereits im Dezember 2018 aufgeworfen“ worden sein. Damit hätten sich die bisherigen Aussagen von Landesverkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) als unzutreffend erwiesen. Wüst zufolge sei erstmals im Februar 2019 über eine Kündigung der Verträge mit dem Generalunternehmer diskutiert worden. „Nach jetzigem Kenntnisstand sind somit von Dezember 2018 bis April 2020 fast eineinhalb Jahre verstrichen, ohne dass der Minister gehandelt hat“, so die SPD-Fraktion.

Carsten Löcker (SPD) kritisierte, dass der Neubau „völlig aus dem Ruder gelaufen“ und zu einem „Krisenprojekt“ der Landesregierung geworden sei. Verkehrsminister Wüst habe den Landtag nicht umfassend informiert. Zahlreiche Fragen seien unbeantwortet. Mehr Informationen müssten vorliegen, um den Vorgang bewerten zu können.

Klaus Vossemer (CDU) wies die Vorwürfe seines Vorredners zurück. „Uns geht es um die Brücke, Ihnen um Getöse.“ Die SPD-Fraktion führe eine „Schmutzkampagne“, um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Eine außerordentliche Kündigung eines Multimillionen-Projekts werde nicht „einfach aus der Hüfte geschossen“, sondern bedürfe umfassender Betrachtungen.

Die Landesregierung habe den Landtag und die Fachabgeordneten viel zu spät informiert, sagte Grünen-Fraktionschef **Arndt Klocke**. Sie habe nicht das Gespräch mit den verkehrspolitischen Sprechern gesucht. Das sei ein „klares Versäumnis“. Der zuständige Staatssekretär sei lange, bevor es eingeräumt wurde, über die Vorgänge informiert gewesen.

Bodo Middeldorf (FDP) wies den Vorwurf der Intransparenz zurück. Verkehrsminister Wüst habe ausführlich berichtet. Im Dezember 2018 habe ein leitender Mitarbeiter lediglich einen

ersten Hinweis auf Probleme mit der Firma Porr gegeben. „Folgerichtig“ sei dann wenige Wochen später das Szenario einer Kündigung diskutiert worden.

Nic Peter Vogel (AfD) sprach mit Blick auf die Probleme beim Neubau von einem „Verlust an Zeit, Geld, Vertrauen und Glauben“. Die bestehende Brücke sei in der Hälfte der Zeit gebaut worden als nun die Planungen der neuen Brücke vorsähen. Die Kosten stiegen und die Bürgerinnen und Bürger schüttelten den Kopf.

Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU) wies den Vorwurf zurück, die Landesregierung habe unzureichend und unzutreffend über die Probleme informiert. Auch die Kritik, dem Generalunternehmer hätte früher gekündigt werden müssen, sei falsch. Vertraglich sei nur eine „Kündigung aus wichtigem Grund“ möglich gewesen. Dies müsse „gerichtsfest“ sein und bedürfe Prüfungen.

Wärmespeicherkraftwerk

26.6.2020 – Die Abgeordneten haben über die Große Anfrage „Realistische Chancen eines Wärmespeicherkraftwerkes“ der AfD-Fraktion (17/8299) und die Antwort der Landesregierung (17/8890) diskutiert. Der Energiekonzern RWE Power plane laut eigenen Angaben mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und der Fachhochschule Aachen ein Pilotprojekt zur Energiespeicherung auf Flüssigsalz-Basis, heißt es in der Großen Anfrage. Dabei werde ein bestehendes Kohlekraftwerk im Rheinischen Revier zu einem Wärmespeicherkraftwerk umgerüstet. Aus der Antwort auf die insgesamt 22 Fragen geht hervor, dass das Projekt aus Sicht der Landesregierung „einen wichtigen Beitrag für die Transformation des Rheinischen Reviers in ein Energierevier der Zukunft“ leisten könne. Der genaue Standort für die Pilotanlage und der voraussichtliche Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme seien abhängig von den Planungen des Projektkonsortiums. Die Landesregierung fördere die vorbereitenden Planungsarbeiten des Projekts mit rund 2,9 Millionen Euro.



Foto: picture alliance/David Inderlied/dpa

PLENUM

Corona und die Fleischindustrie

Aktuelle Stunde nach „Lockdown“ in den Kreisen Gütersloh und Warendorf

24. Juni 2020 – Rund 1.500 Beschäftigte des Schlachtbetriebs Tönnies in Rheda-Wiedenbrück sind Medienberichten zufolge mit dem Corona-Virus infiziert (Stand: 22. Juni 2020). Der Standort gilt als größter Schlachthof Europas. In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über Infektionen, Arbeitsbedingungen und Hygienestandards in der Fleischindustrie debattiert. Dazu lagen Anträge aller Fraktionen vor.

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hatte am 23. Juni 2020 einen auf zunächst sieben Tage befristeten „Lockdown“ für die Kreise Gütersloh und Warendorf verkündet. Bereits Mitte Mai war es zu Masseninfektionen bei Mitarbeitenden des Betriebs Westfleisch in Coesfeld und Oer-Erkenschwick gekommen.

Da das Infektionsgeschehen in den Kreisen Gütersloh und Warendorf klar einem einzelnen Unternehmen zuzuordnen sei, habe die Landesregierung richtig gehandelt und einen lokalen „Lockdown“ verhängt, sagte **Peter Preuß** (CDU). Nötig seien jetzt u. a. wissenschaftliche Untersuchungen, um zu klären, warum im Mai 2020 im betreffenden Betrieb nur vereinzelt Infektionen festgestellt worden seien. Es spreche vieles dafür, dass Ausbrüche vor allem auf Kälte in Schlachtbetrieben und Sammelunterkünften für Mitarbeitende zurückzuführen seien. Infektionsketten müssten nun unterbrochen werden, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Markus Diekhoff (FDP) sagte, die Wut auf den Betrieb Tönnies sei „groß“ und „berechtigt“. Unternehmer Tönnies habe „offensichtlich den Weg des ehrbaren Kaufmanns“ verlassen. „Das System Tönnies war schon lange auf Bewährung, aber jetzt kommt es zu einer neuen Verhandlung.“ Wer als Konsequenz daraus das Ende von Werkverträgen fordere, mache es sich aber zu einfach. Es komme vor allem darauf

an, Strukturen zu „zerlegen“, bei denen „Sub-Subunternehmen“ gleichzeitig in Firmen tätig seien. Ein Betrieb dürfe nicht Tausende Mitarbeiter über Werkverträge beschäftigen, ohne sich für sie zuständig zu fühlen.

Norwich Rüße (Grüne) verwies auf den Corona-Ausbruch in einem Fleischkonzern im Kreis Coesfeld sechs Wochen vor den Vorfällen im Kreis Gütersloh. Aus diesem Vorfall hätte man eine Menge lernen können, so der Grünen-Abgeordnete. Sein Eindruck sei, dass dies aber nicht geschehen sei. Rüße forderte, dass der Staat in der Fleischindustrie handeln müsse. Statt auf freiwillige Selbstverpflichtungen zu setzen, müsse dafür gesorgt werden, dass Tier- und Arbeitsschutz eingehalten werden. Es sei fahrlässig Vertrauen in die Unternehmen gesetzt und anschließend nicht hinreichend kontrolliert worden.

„Reagiert statt agiert“

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD) warf der Landesregierung vor, nach dem Corona-Ausbruch beim Schlachthof von Tönnies im Kreis Gütersloh zu zögerlich gehandelt zu haben. Die Regierung reagiere, anstatt zu agieren. Schnell gehandelt habe die Landesregierung nur bei der Schließung von Kitas und Schulen. Kapteinat kritisierte, dass die Arbeiter in der Fleischindustrie unter den schlimmsten Bedingungen leben und

arbeiten müssten. Es müsse gehandelt werden und die Politik könne schon weiter sein. Nun müssten die aktuellen Vorfälle genutzt werden, um Maßnahmen zu ergreifen.

Rund um den Schlachtbetrieb Tönnies seien etwa 1.600 Menschen positiv auf das Virus getestet worden, sagte **Dr. Martin Vincentz** (AfD). Lediglich 0,125 Prozent litten unter schwerwiegenden Symptomen. Dies sei „der Schrecken, mit dem wir uns jetzt hier auseinandersetzen“. Die Gefahr, dass sich das Virus im Sommer außerhalb einzelner „Hotspots“ verbreite, werde „relativ gering“ sein, sagte Vincentz. Unklar sei, worauf die Ausbrüche in Schlachtbetrieben tatsächlich zurückzuführen seien. Dass es an Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen der Beschäftigten liege, seien nur Mutmaßungen.

Das System der industriellen Schlachtung und die damit verbundenen Arbeitsverhältnisse könnten keine Zukunft haben, sagte Arbeitsminister **Karl-Josef Laumann** (CDU). Dies müsse in Deutschland „klar und deutlich gesetzlich geregelt werden“. Das System sei schlecht und habe mit einer humanen Arbeitswelt nichts zu tun. Menschen aus allen Parteien hätten schon in der Vergangenheit darauf hingewiesen, das System aber nicht verändern können. Rot-Grün habe dies „genauso toleriert wie bürgerliche Regierungen“. Jetzt aber sei eine Mehrheit da, um die Gesetze verändern zu können, sagte der Minister.

tob, wib, zab

Sorge um die Innenstädte

Landtag debattiert über Pläne von „Galeria Karstadt Kaufhof“

25. Juni 2020 – Der Warenhauskonzern „Galeria Karstadt Kaufhof“ will mehr als 60 seiner bundesweit 172 Filialen schließen. Auch 18 Standorte in Nordrhein-Westfalen sind aktuell betroffen. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten über die Folgen für die Beschäftigten und die Innenstädte.

Johannes Rimmel (Grüne) warf der Landesregierung mit Blick auf die angekündigten Standortschließungen Untätigkeit vor. Er frage sich, wo ihre Initiative bleibe. Sie müsse an der Seite der betroffenen Kommunen, der Beschäftigten und der Gewerkschaften sein und um jeden Arbeitsplatz und die Zukunft der Kommunen ringen. Rimmel warnte zugleich, dass die Innenstädte am Anfang eines tiefgreifenden Umbruchs stünden, da sich der Handel immer weiter ins Internet verlagere. Politik müsse den demokratischen Anspruch haben, diese Herausforderung zu gestalten. Sie dürfe nicht allein dem Markt überlassen werden.

Fotos: Hartmann



Johannes Rimmel (Grüne)



Herbert Strotebeck (AfD)



Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)

Herbert Strotebeck (AfD) sagte, Politik könne nicht den Markt künstlich am Leben halten. Sie müsse aber Rahmenbedingungen sichern, die für gerechte Voraussetzungen sorgten. Strotebeck forderte u. a., dass Innenstädte sauber, sicher und gut zu erreichen sein müssten. Er rief dazu auf, „den Kampf gegen das Auto“ zu beenden. Ansonsten würden keine kaufkräftigen Kundinnen und Kunden aus dem Umland mehr in die Innenstädte fahren. Dies schade auch der Gastronomie. Neue Fahrrad- und Umweltpfade zu schaffen, sei der falsche Weg. Auch dürften die Städte bei den Parkgebühren „nicht abkassieren“.

„Wichtige Magneten“

Der Konzern sei durch Fehler der eigenen Führungsetage in Bedrängnis geraten, sagte **Lisa-Kristin Kapteinat** (SPD). Dennoch solle sich die Landesregierung für eine Rettung von Kaufhof und Karstadt starkmachen – so, wie es die hessische Landesregierung bei Lufthansa getan habe. „Wir dürfen nicht danebenstehen und zusehen.“ Kapteinat sprach die Ängste und Sorgen der Beschäftigten an. Betroffen seien vor allem Frauen. Gerade in kleineren Städten seien Kaufhäuser wichtige Magneten, die die Menschen in die Innenstädte zögen. Fehlten die Kaufhäuser, werde auch der übrige Einzelhandel leiden.

Karstadt und Kaufhof hätten „an vielen Stellen die Zeit verschlafen“, sagte **Oliver Kehrl** (CDU). Es fehlten „moderne und relevante Sortimente“, um neue Zielgruppen anzusprechen, außerdem eine digitale Strategie und ein Onlinekonzept. Aufgrund von Personalkürzungen sei zudem der Kundenservice an vielen Standorten schlechter geworden. Alle beteiligten Akteure, darunter Städte, Einzelhandel und Vermieter, müssten nun gemeinsam nach Lösungen suchen, sagte Kehrl. Für Leerstände schlug er u. a. „Mischnutzungen aus Handel, Handwerk, Gastronomie und kleinteiliger Produktion“ vor.

Die Corona-Pandemie habe die „massiven Restrukturierungsmaßnahmen“ bei „Galeria Karstadt Kaufhof“ beschleunigt, sagte **Ralph Bombis** (FDP). „Einen Schmelzbrand hat es aber schon seit Jahren gegeben.“ Grund dafür seien die Konkurrenz durch den Onlinehandel sowie Managementfehler. Aber auch die Gewerkschaften hätten ihren Beitrag an der Misere, da sie zu lange an zu vielen Standorten festgehalten



Oliver Kehrl (CDU)



Ralph Bombis (FDP)



Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU)

hätten. Jetzt müsse umgedacht werden, sagte Bombis, etwa beim Thema Sonntagsöffnungen, die nötig seien, um in der Konkurrenz gegen den Onlinehandel zu bestehen und mehr Menschen in Innenstädte zu locken.

Kommunalministerin **Ina Scharrenbach** (CDU) wies darauf hin, dass es Konzepte brauche, um Innenstädte attraktiver für den Handel zu machen. Im Frühjahr 2020 habe die Landesregierung daher 186 Millionen Euro für entsprechende Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Das Landeskabinett habe vor zwei Tagen zudem ein Sofortprogramm zur Stärkung der NRW-Innenstädte in Höhe von 70 Millionen Euro aufgelegt. „Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Kommunen Leerstände anmieten können, dass sie sie umnutzen können, dass Impulse in die Innenstädte gegeben werden.“ Nötig sei zudem ein „Zentrenmanagement“ im Umfeld von leer werdenden Immobilien. *wib, tob, zab*

Der Aktuellen Stunde lagen folgende Anträge zugrunde: Fraktion der Grünen (17/9889), Fraktion der AfD (17/9890) und Fraktion der SPD (17/9891).

Corona: Schutz aus Acrylglas

Mobile Hygieneschutzkabinen zwischen den Plätzen der Abgeordneten



Der Präsident des Landtags, André Kuper, mit den Hygieneschutzkabinen im Plenarsaal.

Foto: Hartmann

23. Juni 2020 – Der Landtag kehrt schrittweise in den „Normalbetrieb“ zurück – mit der gebotenen Vorsicht und selbstverständlich unter Einhaltung der Corona-bedingten Abstands- und Hygieneregeln. Deutlich sichtbar ist dies im Plenarsaal: Zwischen den Plätzen der Abgeordneten wurden mobile Hygieneschutzkabinen aus Acrylglas angebracht, damit wieder alle Landtagsmitglieder an den Sitzungen teilnehmen können.

Rückblick: Schon früh hatte sich im Landtag ein Corona-Krisenstab gebildet, dem neben dem vorsitzenden Präsidenten des Landtags, André Kuper, die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke, Angela Freimuth und Vizepräsident Oliver Keymis sowie jeweils die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der fünf Fraktionen angehören. Auf Grundlage der Empfehlungen von Bundes- und Landesregierung sowie des Robert Koch-Instituts beschlossen sie u. a., das Besuchsprogramm des Landtags vorerst einzustellen und geplante Veranstaltungen abzusagen, um das Infektionsrisiko und damit die Ausbreitung des Corona-Virus zu minimieren. Plenar- und Ausschusssitzungen

finden und finden weiter statt, allerdings unter Beachtung besonderer Schutzmaßnahmen. So hatten bislang an den Plenarsitzungen weniger Abgeordnete als üblich teilgenommen, um den erforderlichen Abstand sicherzustellen.

„Arbeitsfähig“

„Das Parlament blieb in dieser schwierigen Zeit immer arbeitsfähig, tagte teilweise wöchentlich mit Sonderterminen“, sagt André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen. Es habe sich auch in Krisenzeiten bewährt und sei seinen Aufgaben sowie den Verpflichtungen für die Bürgerinnen und Bür-

ger nachgekommen. Nun gehe der Landtag einen verantwortungsvollen Schritt zurück zum „Normalbetrieb“. Der Präsident: „Natürlich gelten weiterhin alle notwendigen Abstands- und Hygieneregeln.“

In der Plenarsitzung am 24. Juni 2020 tagte das Plenum erstmals wieder in großer Runde. Mobile Hygieneschutzkabinen aus Acrylglas zwischen den Abgeordnetenplätzen sorgen für den erforderlichen Schutz und Abstand. Sie wurden mit Saugnäpfen auf den Tischen befestigt, können also ohne größeren Aufwand installiert und wieder entfernt werden. Eine Trennwand zum Rednerpult ist nicht nötig, da der Abstand groß genug ist.

red

Fortbildungen für den Unterricht

Anhörung: Expertinnen und Experten sehen Reformbedarf

17. Juni 2020 – Die Herausforderungen für Lehrerinnen und Lehrer ändern sich ständig – nicht erst seit der Corona-Pandemie. Bei einer Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung haben sich Expertinnen und Experten dazu geäußert, welche Angebote und Strukturen notwendig seien, um Lehrkräfte besser fortzubilden.

Das Ministerium für Schule und Bildung habe kurz nach dem Regierungswechsel eine „Evaluation der Lehrerfortbildung in NRW“ in Auftrag gegeben, heißt es in dem Antrag (17/7763) der Fraktionen von CDU und FDP. Ergebnis: Die Strukturen seien „unübersichtlich mit unklaren Zuständigkeiten“, die Effekte der Fortbildungen „unbefriedigend“. Die Fraktionen fordern daher die Landesregierung auf, die Fortbildung auf Grundlage der Evaluation zu reformieren und weiterzuentwickeln – besonders mit Blick auf Inklusion, Integration und digitale Medien.

Die Lehrerfortbildung sei in Nordrhein-Westfalen breit aufgestellt, so die Bilanz des Verbands für Bildung und Erziehung NRW. Viele Angebote passten aber nicht zu den Bedürfnissen vor Ort und müssten weiterentwickelt werden. Im Zuge der Corona-Pandemie seien Schwachstellen des Bildungssystems zutage getreten, besonders beim digitalen Lernen. „Die Lehrerfortbildung muss es leisten, Lehrkräfte zu befähigen, digitales Lernen auf der Grundlage von pädagogischen Konzepten in ihr methodisches Handeln zu integrieren.“

Die Lehrkräftefortbildung befinde sich derzeit in einem „relativ desolaten Zustand“, resümierte der Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in seiner Stellungnahme. Der Antrag der Fraktionen sei

daher zu begrüßen, er berücksichtige aber zentrale Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Evaluation nur „rudimentär“ und „unspezifisch“. Diese Einschätzung teilte auch Prof. Dr. Dieter Gnahn vom Institut für Berufs- und Weiterbildung der Universität Duisburg-Essen: Die Forderungen der Fraktionen an die Landesregierung wiesen nur „ungenügenden Bezug“ zu den empfohlenen Maßnahmen der Expertengruppe auf.

„Umfassende Reform“ gefordert

Die Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen forderte in ihrer Stellungnahme „eine alle Aspekte umfassende Reformierung der vorhandenen Strukturen, Qualitätsfragen und Verantwortlichkeiten“. Eine Anpassung oder Weiterentwicklung des bestehenden Fortbildungssystems reiche nicht aus. Zudem sei der Begriff „Lehrerfortbildung“ zu eng gefasst. Zutreffender sei es, von einer „Fortbildung im schulischen Bildungswesen“ zu sprechen, da in Schulen multiprofessionelle Teams arbeiteten und Fortbildungen für alle im Schulwesen tätige Personen angeboten werden müssten. Auf Landesebene brauche es eine „wirksame Steuerung“. Dieser Ansicht ist auch Sven Pachur, Leiter der Luisenrealschule Bielefeld. Das Fazit seiner Stel-

lungnahme: „Wichtig sind verschlankte klare neue Strukturen, damit Ressourcen zielgerichtet eingesetzt werden, statt nebeneinander her-zulaufen.“ Es solle eine neue Stelle geben, die Fortbildung „professionalisiert, steuert, koordiniert und systematisch entwickelt“. Laut GEW sollte diese Aufgabe von einem eigenen Referat des Ministeriums für Schule und Bildung wahrgenommen werden, das Fortbildungen „auf der Grundlage definierter Kernaufgaben und Qualitätsstandards“ steuert.

Besonders beim digitalen Lehren und Lernen müsse nachgebessert werden, heißt es in der Stellungnahme der Medienberatung NRW des LVR-Zentrums für Medien und Bildung. Dabei dürfe nicht vergessen werden, Personal mit didaktischer Expertise sowie für den technischen Support einzubeziehen, forderte Marina Weisband, Leiterin des Projekts „aula – Schule gemeinsam gestalten“ des Vereins „Politik-digital“. Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen sowie Schülerinnen und Schüler sollten an der Entwicklung eines neuen Fortbildungssystems beteiligt werden.

Besonderen Bedarf an Fortbildungen sieht Prof. Dr. Christian Huber vom Institut für Bildungsforschung der Bergischen Universität Wuppertal beim Thema Inklusion. Er empfiehlt u. a. ein „vergleichbares, wissenschaftlich fundiertes und praxisorientiertes Fortbildungsangebot für die Inklusion an allen Fortbildungsstandorten“ sowie ein „zentral entwickeltes Fortbildungscurriculum ‚Inklusion‘ für Nordrhein-Westfalen“. Bislang habe die Landesregierung ihre Ziele mit Blick auf die Inklusion aber nicht klar definiert. *itb*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

FORTBILDUNG

SCHULUNG

SEMINARE

Foto: Shutterstock.com

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Lehrerfortbildung“



Die Fortbildung von Lehrkräften ...

... ist eine zentrale Bedingung dafür, dass die erfolgreiche Arbeit unserer Pädagoginnen und Pädagogen gelingt. Die bisherige Fortbildungspraxis weist gravierende Mängel auf und bedarf einer umfassenden Umsteuerung. Die NRW-Koalition hat eine Evaluation durchgeführt und wird daraus die nötigen Schlüsse ziehen und das Fortbildungssystem optimieren.

... ist wichtig für guten und zeitgemäßen Unterricht. Sie soll für sie eine Bereicherung sein. Das Schulsystem musste in den letzten Jahren viele neue Aufgabe übernehmen: Digitalisierung, Inklusion, heterogenere Schülerschaft ... Wenige Lehrkräfte sind dafür aus- und fortgebildet. Sie brauchen Fortbildungsangebote, die vor Ort unbürokratisch durchgeführt werden können. Das Land muss in die Fortbildung unserer Lehrkräfte investieren.

Qualitätsstandards ...

... müssen in den Blick genommen werden – das fordern bereits seit vielen Jahren die schulischen Verbände. Es gilt, Zuständigkeiten der Akteure klar zu definieren und besser als bisher aufeinander abzustimmen. Dafür sind die komplexen Strukturen der Lehrerfortbildung zu überprüfen, zu vereinfachen und zu optimieren.

... für die Lehrerfortbildung sind unabdingbar. Wenn Lehrkräfte Freizeit in Fortbildungen investieren, haben sie ein Anrecht auf hoch qualifizierte Fortbildner, Fortbildungsinhalte und -materialien, die an den Curricula ausgerichtet sind. Gemeinsame Fortbildungen in multiprofessionellen Teams in unseren Schulen müssen hohe Standards erfüllen und Theorie und Praxis beinhalten.

Digitale Lehr- und Lernangebote ...

... werden immer wichtiger und sind seit Regierungsübernahme durch die NRW-Koalition kontinuierlich gestärkt worden. Dabei ist es wichtig – wie bei allen großen Themenblöcken in der Lehrkräftefortbildung – die Bedarfe der Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler sowie die Fachlichkeit in den Blick zu nehmen.

... hier muss das Ministerium sich selbst fortbilden lassen. Es wird z. B. erwartet, dass die Inhalte des Medienkompetenzrahmens unterrichtet werden, aber vielen Lehrkräften fehlt es an digitalen Endgeräten, um die Anforderungen zu erfüllen. Viele Lehrkräfte haben hier selbst Fortbildungsbedarf, doch es gibt kaum Fortbildungsangebote. Auch sind die Rahmenbedingungen für die schulische Praxis realitätsfern. Für uns sind digitale Endgeräte Lernmittel!

Eine zentrale Steuerungsstelle ...

... im Sinne einer stärker zielgerichteten Unterstützung der Lehrkräfte sollte bei der grundlegenden Modernisierung des Lehrerfortbildungssystems in Nordrhein-Westfalen geprüft werden. Besonders relevante Aspekte sind dabei, die schulformbezogenen Spezifika zu berücksichtigen, die sich in der Angebotsvielfalt abbilden sollten, sowie die Qualitätssicherung.

... ist nötig und wurde von allen Experten bestätigt. QUA-LiS ist dafür eine kompetente Institution. Fortbildungskonzepte und Strategien müssen mit Experten aus der Schule und von außerhalb zentral entwickelt werden. Das System Schule soll laut der Experten häufiger „irritiert“ werden. Die jetzigen Strukturen sind weder zielführend noch zeitgemäß. Es dauert z. B. zu lange, bis ein Fortbildungsmodul freigegeben wird.



... ist ein entscheidender Faktor für ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem. Die wichtige fachliche Unterstützung für unsere Pädagoginnen und Pädagogen werden wir in Regierungsverantwortung von FDP und CDU daher noch weiter ausbauen und zeitgemäß gestalten.

... sollten immer wieder hinterfragt und angepasst werden. Wir müssen uns die Frage stellen, welche Kompetenzerwartungen an die Lehrkräfte gestellt werden und welche Unterstützung sie bei deren Erfüllung benötigen. Wir wollen Wildwuchs vermeiden und Fortbildungen wirksamer machen.

... gewinnen immer mehr an Bedeutung. Wir stärken seit der Regierungsübernahme pädagogische Konzepte mit digitalen Lernmitteln. Unsere Lehrkräfte müssen für die Vermittlung von Medienkompetenz bestmöglich aus- und fortgebildet werden. Zukünftig sollten auch mehr Fortbildungen für unsere Lehrkräfte digital oder als Blended Learning stattfinden können.

... ist ein Aspekt, über den wir bei der Reform der Lehrerfortbildung beraten. Es gilt, Bedarfe und Angebot der Lehrerfortbildung passgenauer zusammenzubringen sowie Zuständigkeiten der beteiligten Akteure klar zu definieren.



... ist ein zentrales Element für die Schul- und Unterrichtsentwicklung und wird gerade jetzt von den Kollegien eingefordert. Dazu brauchen die Schulen auch verlässliche Zeitkontingente. Wir benötigen für die zentralen Handlungsfelder eine Fortbildungsoffensive. Die Fortbildungen müssen zudem multiprofessionell ausgestaltet werden, denn die Schulen arbeiten zunehmend so.

... sind notwendig, damit sich Lehrkräfte bei den Angeboten besser orientieren und passgenaue finden können. Durch die Zertifizierung von externen Anbietern können die Kapazitäten erweitert werden. Was die Fortbildung bieten soll, wird transparenter. Es sollte ein systematisiertes Feedback nach Durchführung geben. Eine zentrale Plattform könnte die Übersicht bündeln.

... haben durch die Corona-Krise einen Schub erhalten. Sie sind nicht nur im Fernunterricht von Bedeutung. Die Chancen, individueller lernen und fördern zu können, müssen genutzt werden. Dazu braucht es nicht nur Technik, Zugang zu Endgeräten für die Schülerinnen und Schüler sowie eine verbindliche Ausstattung und Supportstruktur für Lehrkräfte, sondern auch Medienkompetenz bei den Lehrenden und Lernenden.

... kann die Qualitäts- und Unterstützungs-Agentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS) sein. Die Strukturen müssen insgesamt überdacht werden, damit Fortbildungen systematisch angelegt werden und systemisch wirken. Verbindliche Handlungsfelder sollten konsentiert werden, damit verlässlich und kontinuierlich gearbeitet werden kann. Fortbildung muss in der Arbeitszeit anders gewichtet werden.



... ermöglicht die Vertiefung erworbener Fähigkeiten und Kenntnisse, führt in die Reflexion über gesammelte berufliche Erfahrungen, sichert die Weiterentwicklung der einzelnen Lehrkraft in ihrer Profession Unterrichten, Erziehen, Diagnostizieren, Beraten und Verwalten und stellt eine gewisse Angleichung der professionellen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Lehrerschaft her.

... müssen sich ausschließlich an den Anforderungen orientieren, welche die fünf schulischen Handlungsfelder für Lehrkräfte und Schulleitungen bereithalten. Sie müssen darauf abzielen, die Teilnehmer zu einer erfolgreichen und nachhaltigen Gestaltung des Schulalltags hinzuführen. Eine Implementation ideologisch hergeleiteter Vorgaben darf nicht stattfinden.

... sollen Bestandteil der Fortbildung im Handlungsfeld Unterricht sein. Vor allem müssen dabei die Rolle, die Möglichkeiten und die Grenzen digitaler Lehrmittel und digital gestützter Unterrichtsverfahren erfasst werden. Vermittelt werden muss, wie man den digital gestützten Unterrichtsverlauf in die immer nur analog ablaufenden Lern- und Verstehensprozesse einmünden lässt.

... könnte das Institut QUA-LiS sein. Es sollte sich aber darauf beschränken, den inhaltlichen und strukturellen Rahmen festzuschreiben sowie das vom Haushalt vorgegebene finanzielle Volumen des Fortbildungswesen im Schulbereich zu steuern. Die Feinsteuerung des Fortbildungsbedarfs muss durch die schulischen Fachkonferenzen, Steuergruppen und Schulleitungen geschehen.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

So viel NRW steckt im Konjunkturpaket

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung ist mit 130 Milliarden Euro ein starkes Stück und ein wichtiges Zeichen des Aufbruchs. Es

soll die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abmildern. Worauf wir stolz sind: Das Paket trägt eine gut lesbare nordrhein-westfälische Handschrift. Bestes Beispiel ist der auf 75 Prozent steigende Bundesanteil bei den Kosten der Unterkunft (KdU) – eine Idee, zu der die NRW-Landesregierung schon 2018 eine Bundesratsinitiative gestartet hatte. So werden Kommunen spürbar und nachhaltig entlastet. Ein ebenso starkes Zeichen sendet das Konjunkturpaket an Familien, die mit einem Kinderbonus von 300 Euro pro Kind Anerkennung für ihre Leistungen in die-



ser Krise erhalten. Einen solchen Bonus hatte im Vorfeld unser Ministerpräsident Armin Laschet gefordert. Zudem drängte die Landesregierung darauf, nicht nur Schäden der Pandemie auszubügeln, sondern mit Maßnahmen für Innovation und Klimaschutz mutig nach vorne zu gehen. Mit der Senkung der EEG-Umlage und der Abschaffung des 52-GW-Deckels für den Photovoltaikausbau wurden zentrale Forderungen der NRW-Koalition umgesetzt. Investitionen in Künstliche Intelligenz, Wasserstoffnutzung und E-Mobilität passen perfekt zu unserer Strategie für eine gesunde Zukunft.



Was kommt nach dem Applaus? Wir brauchen den sozialen Neustart!

Die Corona-Krise ist noch nicht überwunden und doch ist jetzt schon klar: An ihrem Ende kann keine Rückkehr zum alten Status quo stehen. Zu gravierend sind die Probleme, die sie offenbart hat. Es ist also an der Zeit, Lehren aus ihr zu ziehen und die Verhältnisse der vielen „systemrelevanten“ Arbeitnehmenden zu verbessern, die das Land in Krisenzeiten am Laufen gehalten haben.

Thomas Kutschaty, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW: „Die letzten Monate haben klargemacht, wer die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft sind.“ Dabei handelt es sich um die vielen „systemrelevanten“ Arbeitnehmenden. Die Krankenschwester, die täglich an ihre Grenzen geht, der Kassierer im Supermarkt, die Busfahrerin oder die Mutter, die Kinderbetreuung

und Home Office gleichzeitig stemmen muss. „Ohne ihren unermüdlichen Einsatz hätten wir die Krise sicher nicht so überstehen können“, betont Kutschaty.

Oft sind es jedoch genau diese „systemrelevanten“ Arbeitnehmenden, die unter prekären Arbeitsbedingungen leiden. Die betreffenden Branchen standen vor allem in den letzten Jahren unter besonderem Kosten- und Anpassungsdruck. Gespart wurde dann oft zu Lasten der Beschäftigten. „Wir wissen, wer die Menschen sind, die NRW durch die Krise gebracht haben. Wir haben ihnen im Landtag applaudiert. Doch das Klatschen alleine reicht nicht. Es bezahlt nicht ihre Miete, das Ticket oder die Rechnung im Supermarkt. Wer den Applaus ernst gemeint hat, muss jetzt Taten folgen lassen“, fordert Thomas Kutschaty.

Alle, die viel für die Gesellschaft leisten, verdienen ernsthafte Anerkennung. Sie brauchen starken Arbeitsschutz und die Abschaffung von unsicheren Werkverträgen und sachgrundloser Befristung. Vor allem aber verdienen sie bessere Entlohnung für ihre harte Arbeit. „Mit unserem Antrag für den sozialen Neustart wollen wir eine Verbesserung für die Vielen in unserer Gesellschaft gestalten. Pfleger, LKW-Fahrerinnen, Erzieherinnen, Paketboten oder Saisonarbeitskräfte verdienen mehr. Sie müssen es uns wert sein“, mahnt Thomas Kutschaty.



Die Zukunft der darstellenden Künste – Kulturfrühstück der FDP-Landtagsfraktion

Frühstück, Musik und eine spannende Diskussion – mit mehr Abstand, reduzierter Gästezahl und zusätzlichem Livestream ist das FDP-Kulturfrühstück zurück aus der Corona-bedingten Pause! Marcel Hafke, stellvertretender Vorsit-

zender der FDP-Landtagsfraktion NRW, freute sich sichtlich, die rund 50 Gäste zur ersten Veranstaltung seit Beginn der Corona-Pandemie im Barmer Bahnhof in seiner Heimat Wuppertal zu begrüßen.

Die Auswirkungen der Corona-Krise waren ein zentraler Bestandteil der Diskussionsrunde. Zu Gast waren Stefan Hilterhaus, künstlerischer Leiter und Geschäftsführer PACT Zollverein, Bettina Wagner-Bergelt, Intendantin und künstlerische Geschäftsführerin des Tanztheaters Wuppertal Pina Bausch, und Marcus Lobbes, künstlerischer Leiter der Akademie für Theater und Digitalität, um mit dem kulturpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW Lorenz Deutsch über die

Zukunft der darstellenden Künste zu diskutieren. Moderiert wurde die Runde von dem renommierten Kulturjournalisten Stefan Keim.

Die Experten waren sich einig: Das Live-Erlebnis bleibt zentral und eine rein digitale Kunst- und Kulturszene können sie sich nicht vorstellen. Lorenz Deutsch sieht Chancen für neue Formen des künstlerischen Austauschs: „Diskursive Vernetzung kann deutlich intensiver werden mit den neuen Medien. Das Live-Erlebnis einer Aufführung können sie aber nicht ersetzen, auch wenn diese deutlich hybridere Formen annehmen werden.“



Das Problem heißt Rassismus

Acht Minuten und sechsundvierzig Sekunden lang kniete der Polizist auf dem Nacken von George Floyd, der wenige Minuten später starb. Nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd gingen Tausende von Menschen in den USA, weltweit und auch in Deutschland und Nordrhein-Westfalen auf die Straße, um unter dem Postulat „Black Lives Matter“ gegen Rassismus zu demonstrieren. Von Rassismus betroffene Menschen artikulieren dabei ihre Forderungen nach Gerechtigkeit für Opfer rassistischer Gewalt sowie nach Gleichbehandlung und Diskriminierungsschutz.

Diesen Forderungen müssen sich alle Demokrat*innen anschließen. Artikel 3 des Grundgesetzes formuliert einen Gleichheitsgrundsatz, aufgrund dessen die Arbeit gegen Rassismus und andere Formen menschenver-



achtender Einstellungen ein zentraler Auftrag unseres demokratischen Rechtsstaates ist.

Doch in unserer Gesellschaft erleben Menschen mit bestimmten Merkmalen, z. B. aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft und Religion, täglich und in allen Lebensbereichen sowohl strukturellen als auch individuellen Rassismus.

Deshalb reicht es lange nicht mehr aus, Rassismus zu benennen und sich mit den Betroffenen solidarisch zu erklären. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, um wirksam gegen Rassismus vorgehen zu können und das Empowerment der Betroffenen zu unterstützen.

In unserem aktuellen Antrag schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor. Darunter sind beispielsweise ein Landesantidiskriminierungsgesetz, mehr Sensibilisierung für Rassismus in der Polizei und die Aufarbeitung der Rolle Nordrhein-Westfalens im Kolonialismus.



GRUNDFUNK – Unsere Reform für einen öffentlichen Rundfunk des 21. Jahrhunderts



derführung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Sven W. Tritschler zusammen mit sechs weiteren Landtagsfraktionen ein Reformkonzept erarbeitet, das die vielfältige und langjährige Kritik an den bestehenden Strukturen konstruktiv umsetzt.

„Es geht vor allem auch darum, dass eine Zwangsabgabe nicht mehr zeitgemäß ist und intelligenteren Lösungen weichen sollte. Grundversorgung muss natürlich

gewährleistet sein – dafür braucht es aber nicht den größten und teuersten Rundfunk der Welt“, beschreibt Tritschler die Situation.

Im Fokus des Konzept-Papiers, das auch in Form einer übersichtlichen Broschüre ver-

öffentlicht wurde, steht auch die Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Tritschler akzeptiert an dieser Stelle keine Kompromisse: „Der Einfluss der Parteien auf die Programmgestaltung und politische Ausrichtung der öffentlich-rechtlichen Medien konterkariert den ursprünglichen Anspruch auf eine grundsätzlich neutrale Berichterstattung und muss ausgeschlossen werden.“

Die Präsentation des Konzepts für die Öffentlichkeit erfolgte Ende Juni 2020 im Landtag durch Vertreter aller beteiligten Fraktionen.

Während die Medien- und Informationslandschaft einem äußerst dynamischen Wandel unterliegt, hat sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk stets einer Reform verweigert. Nun hat die AfD-Landtagsfraktion NRW unter Fe-



Eine Verfassung, auf ewig –

Die Landesverfassung bildet das Fundament für die staatliche Ordnung in Nordrhein-Westfalen. In Stein gemeißelt ist sie aber nicht. Mit einer Zweidrittelmehrheit kann der Landtag Änderungen beschließen, solange diese nicht den „Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne der Bundesrepublik Deutschland widersprechen“, wie es in Artikel 69 der Verfassung heißt. In 70 Jahren hat das Landesparlament mehr als 20 Mal von diesem Recht Gebrauch gemacht. Ein Überblick über die Geschichte und wichtige Verfassungsänderungen, die auch den gesellschaftlichen Wandel widerspiegeln.

Ab 1947

Verfassungsausschuss

Der Verfassungsausschuss des Landtags berät unterschiedliche Verfassungsentwürfe, die verworfen, korrigiert oder aufgeschoben werden. Nach mehr als 20 Sitzungen präsentiert er dem Landtag eine Vorlage. Die Abgeordneten verabschieden die Landesverfassung am 6. Juni 1950 in dritter Lesung mit knapper Mehrheit. Beim ersten und bisher einzigen Volksentscheid in der Geschichte von NRW stimmt die Mehrheit der Bevölkerung am 18. Juni 1950 ebenfalls für die Verfassung. Am 8. Juli 1950 erfolgt auch die nötige Zustimmung der britischen Militärregierung.

13. Juli 1965

Untersuchungsausschüsse

Der Landtag ergänzt Artikel 45 der Verfassung und erhält dadurch die Möglichkeit, die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung an parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu unterbinden und in nichtöffentlichen Sitzungen unter Ausschluss von Regierungsvertretern zu beraten. Damit wird das Kontrollrecht des Parlaments gegenüber der Regierung gestärkt.

29. Februar 1968

Schulkompromiss

Die Abgeordneten ändern Artikel 12 der Landesverfassung und beschließen mit dem sogenannten Schulkompromiss eine Reform des Bildungswesens: Die Volksschule wird institutionell in Grund- und Hauptschulen unterteilt. Ebenso wie Gymnasien und Realschulen zählen Hauptschulen nun zu den weiterführenden Schulen. Nur noch auf Antrag können sie in Bekenntnis- oder Weltanschauungsschulen umgewandelt werden.

2. Juli 1969

Landtagswahlen alle fünf Jahre

Durch Änderungen der Artikel 34, 37 und 92 werden die Legislaturperioden in Nordrhein-Westfalen verlängert. Gewählt wird nun nicht mehr alle vier, sondern alle fünf Jahre.

1940

1950

1960

1970

11. Juli 1950

Inkrafttreten

Die Verfassung tritt in Kraft. Sie enthält 92 Artikel; erst im Jahr 2016 kommt ein weiterer hinzu, sodass es heute 93 Artikel sind. Die Präambel und der erste Teil der Verfassung befassen sich mit den Elementen Staatsverfassung, Volkswille und Dreiteilung der Gewalten. Der zweite Teil enthält ein Bekenntnis zu den Grundrechten des Grundgesetzes, ergänzt durch Regelungen zu Familie, Schule, Kultur und Religion, Arbeit und Wirtschaft. Bestimmungen u. a. zum Landtag, zur Landesregierung und zur Gesetzgebung finden sich im dritten Teil.

11. Februar 1969

Petitionswesen

Der Landtag beschließt mit Artikel 41a, die Rechte des Petitionsausschusses zu stärken. Der Ausschuss erhält das Recht auf Zutritt zu allen dem Land unterstehenden Einrichtungen. Er darf zudem Auskünfte einholen, Akteneinsicht verlangen und Zeugen sowie Sachverständige vernehmen.

2. Juli 1969

Wählen mit 18

Änderung von Artikel 31: Von nun an ist bei Landtagswahlen wahlberechtigt, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat; zuvor durften Bürgerinnen und Bürger erst mit 21 Jahren wählen. Das Wählbarkeitsalter wird von 25 auf 23 Jahre gesenkt. Eine weitere Verfassungsänderung legt am 29. Mai 1974 fest, dass bei Landtagswahlen wählbar ist, wer 18 Jahre alt ist.

14. Dezember 1978

Datenschutz

Mit Änderung von Artikel 4 wird erstmals in einer deutschen Verfassung der Schutz personenbezogener Daten als ausdrücklich formuliertes Grundrecht verankert. Durch den neuen Artikel 77a wird zudem festgelegt, dass der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung einen unabhängigen „Landesbeauftragten für den Datenschutz“ wählt.

und veränderbar

6. März 1985

Umweltschutz

Der Umweltschutz wird als Staatsziel in Artikel 29a verankert. Mit der Änderung werden Land und Kommunen auf das Ziel verpflichtet, im ökologischen Sinne Politik zu betreiben und die „natürlichen Lebensgrundlagen“ zu schützen. Durch Ergänzung von Artikel 7 wird der Umweltschutz außerdem in den Katalog der Ziele für die Erziehung der Jugend aufgenommen. Im Jahr 2001 werden beide Artikel um den Verweis auf den Tierschutz ergänzt.

10. April 2019

Individual- und Kommunalverfassungsbeschwerde

Der Landtag beschließt mit Änderung von Artikel 75, dass auch Einzelpersonen die Möglichkeit haben, Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen zu erheben, um die durch die Landesverfassung garantierten Rechte gegenüber dem Land durchzusetzen. In Artikel 75 wird zudem das Recht der Kommunalverfassungsbeschwerde verankert. Damit können Gemeinden die Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung durch ein Gesetz geltend machen.

13. November 1992

Sportförderung

Die Sportförderung wird als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen. Artikel 18 wird um Absatz 3 ergänzt: „Sport ist durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern.“

1. März 2002

Volksbegehren

In Dritter Lesung beschließt das Parlament eine Verfassungsänderung, durch die die Hürden für Volksbegehren gesenkt werden. Zudem wird das Instrument der Volksinitiative neu eingeführt.

20. Oktober 2011

Schulstruktur

Der Landtag streicht die zuvor festgeschriebene Garantie der Hauptschule. Stattdessen steht nun in der Landesverfassung, dass das Land „ein ausreichendes und vielfältiges öffentliches Schulwesen“ gewährleistet, das ein gegliedertes Schulsystem, integrierte Schulformen wie die Sekundar- und Gesamtschule und andere Schulformen ermöglicht. Der Begriff „Volksschule“ wird aus der Landesverfassung gestrichen. Die Änderungen betreffen die Artikel 8, 9, 10 und 12.

1980

1990

2000

2010

7. Juni 1989

Familien- und Erwerbsarbeit

Der Landtag trifft eine Verfassungsaussage im Sinne der Gleichstellung von Männern und Frauen. Artikel 5 Absatz 2 der Landesverfassung wird novelliert. Es heißt nun: „Frauen und Männer sind entsprechend ihrer Entscheidung an Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt beteiligt.“ Zuvor stand im gleichen Artikel: „Die der Familie gewidmete Hausarbeit der Frau wird der Berufsarbeit gleichgeachtet.“

25. Januar 2002

Kinderrechte

Einstimmig beschließt der Landtag, die Rechte von Kindern in die Landesverfassung aufzunehmen. Der neue Wortlaut des Artikels 6 sichert das Recht jedes Kindes auf besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft, auf gewaltfreie Erziehung und auf Schutz vor Vernachlässigung und Ausbeutung.

16. Juni 2004

Konnexität

In dritter Lesung billigt der Landtag eine Verfassungsänderung, um das strikte Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung aufzunehmen. Demnach muss das Land für Kosten aufkommen, die Städten und Gemeinden durch gesetzgeberische Maßnahmen oder durch Entscheidungen des Landes auferlegt werden.

25. Juni 2020

Europabezug

Die Abgeordneten ergänzen die Landesverfassung um einen Europabezug. In Artikel 1 Absatz 1 wird der ursprüngliche Satz „Nordrhein-Westfalen ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland“ um „und damit Teil der Europäischen Union“ erweitert. Zudem wird ein neuer dritter Absatz hinzugefügt.

10. Oktober 2016

Parlamentarismus

Der Landtag beschließt ein Bündel von Verfassungsänderungen, die auf Vorschlägen der 2013 eingesetzten Verfassungskommission beruhen. Parlamentsinformationsrechte und Beteiligungsrechte des Landtags in EU-Angelegenheiten werden in der Verfassung verankert. Weitere Änderungen legen fest, dass der Landtag alle Verfassungsrichter wählt. Neu geregelt werden u. a. die Auflösung des Landtags und die parlamentslose Zeit. Das Amt des Alterspräsidenten wird eingeführt. Verändert wird die Eidesformel in Artikel 20, demzufolge ein Minister nicht mehr geloben muss, dem „Wohl des deutschen Volkes zu dienen“, sondern „dem Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen“. Gestrichen wird das Recht der Landesregierung, einen vom Landtag abgelehnten Gesetzentwurf zum Thema eines Volksentscheids zu machen.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen | [17/7926](#) und [17/9911](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. Juni 2020 | verabschiedet

Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragengesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | [17/6147](#) | Grüne | 2. Lesung am 24. Juni 2020 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/9801](#) | AfD | 1. Lesung am 24. Juni 2020 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren (Gifttiergesetz – GiftTierG NRW) | [17/8297](#) und [17/9915](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. Juni 2020 | verabschiedet

Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz - GefTierG NRW) | [17/7367](#) | Grüne | 2. Lesung am 24. Juni 2020 | abgelehnt

Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes | [17/9787](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. Juni 2020 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen | [17/9828](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. Juni 2020 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften | [17/9829](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. Juni 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften | [17/9842](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. Juni 2020 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung weiterer Gesetze im Hochschulbereich | [17/9830](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 24. Juni 2020 | Überweisung an den Wissenschaftsausschuss

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW) | [17/8797](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 24. Juni 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften | [17/8795](#), [17/9930](#) und [17/9931](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. Juni 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Digitalisierung wirtschaftsbezogener Verwaltungsleistungen | [17/9007](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 25. Juni 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) | [17/7747](#) | AfD | 2. Lesung am 29. Mai 2020 | abgelehnt

Siebtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/9300](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW) | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | [17/8417](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | [17/8298](#) | Grüne | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter | [17/7539](#) | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHHG 2020) | [17/9060](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung am 25. Juni 2020 | verabschiedet

Gesetz zur Einfügung des Europabezuges in die Landesverfassung | [17/9352](#) | CDU, SPD, FDP, Grüne | 2. und 3. Lesung am 25. Juni 2020 | verabschiedet

Junge Visionen für Nordrhein-Westfalen

Videowettbewerb zur Landesverfassung beendet

18. Juni 2020 – Vor 70 Jahren, am 18. Juni 1950, ist die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in einem Volksentscheid durch die Bürgerinnen und Bürger des Landes angenommen worden. Zu diesem besonderen Anlass hatte der Präsident des Landtags einen Videowettbewerb für Schulen ins Leben gerufen. Dieser endete nun.

Der Videowettbewerb hatte sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 10 aller weiterführenden Schulformen gerichtet. Unter dem Motto „Zukunft NRW – Was bedeutet die Landesverfassung für uns?“ sollten sich die Klassen oder Arbeitsgemeinschaften mit der Geschichte und den Grundgedanken der nordrhein-westfälischen Demokratie beschäftigen. Und sie sollten sich Gedanken zu der Frage machen, wie ihre Zukunft in Nordrhein-Westfalen und damit die Zukunft des Bundeslandes aussehen soll.

Für Mai war die Sitzung einer Jury geplant, die die drei Siegervideos küren sollte. Doch dann kam alles anders: Infolge der Coronapandemie wurden die Schulen geschlossen, auch im Anschluss fand der Unterricht nur eingeschränkt statt. Viele Projekte konnten daher nicht mehr abgeschlossen werden. Und auch an eine Jurysitzung war wegen der empfohlenen Abstandsregeln nicht zu denken.

Kreative und gelungene Beiträge

Und so entschied der Präsident des Landtags, André Kuper, den Wettbewerb ohne Jurysitzung am Verfassungstag, dem 18. Juni 2020, zu beenden. Um sich für das Engagement der Schülerinnen und Schüler zu bedanken, die rechtzeitig ihr Video beenden und einsenden konnten, gab es für alle teilnehmenden Schulen eine Anerkennung, Geld für die Klassenkasse und ein dickes Lob.

Der Präsident betont: „Mir war es ein Herzensanliegen, junge Menschen zu ermutigen, sich mit den grundlegenden Regeln für unser Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen auseinanderzusetzen und sich Gedanken über die eigene Zukunft zu machen. Umso mehr habe ich mich darüber gefreut, wie intensiv sich Schülerinnen und Schüler mit unserer Verfassung befasst haben und wie kreativ und gelun-

gen ihre Visionen für ein künftiges Leben in unserem Bundesland sind. Auch wenn es keine Juryentscheidung gibt: Alle Teilnehmenden sind Siegerinnen und Sieger.“

In den Videos hatten sich die Schülerinnen und Schüler u. a. mit der Religionsfreiheit befasst oder sich die Frage gestellt, was Heimat und Identität für sie bedeuten – insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund. Auch der Schutz der Umwelt wurde zum Thema, beispielsweise mit der Vision eines plastikfreien Nordrhein-Westfalens.

Die nordrhein-westfälische Verfassung war am 6. Juni 1950 vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedet worden. Am 18. Juni 1950 wurde sie in einem Volksentscheid von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes angenom-

men und trat am 11. Juli 1950 in Kraft – etwa ein Jahr nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

wib

Fotos: Schälte



Eine Auswahl der eingesendeten Videos finden Sie im Internetauftritt des Landtags: www.landtag.nrw.de (Aktuelles & Presse/Parlaments-TV)



AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

Trauer um Dreijährige

4.6.2020 – Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat sich in einer Sondersitzung mit dem Tod eines dreijährigen Mädchens in einer Kindertagesstätte in Viersen (Niederrhein) befasst. Eine Erzieherin steht unter dem Verdacht, das Kind getötet zu haben. Die SPD-Fraktion hatte die Sitzung beantragt. Familienminister **Dr. Joachim Stamp** (FDP) sowie Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen drückten den Angehörigen ihr Mitgefühl aus. Den Ermittlungen zufolge hat die Frau möglicherweise weitere Kinder in Kitas in Krefeld, Kempen und Tönisvorst schwer misshandelt. Er sei „tief erschüttert und schockiert“, sagte Stamp. Sein Ministerium werde die Aufklärung des Falls mit größter Sorgfalt begleiten und den Ausschuss zu Beginn jeder Sitzung über aktuelle Erkenntnisse informieren.

Missbrauch in Münster

17.6.2020 – Die Landesregierung hat den Innenausschuss über die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem schweren sexuellen Missbrauch von Kindern in einer Kleingartenanlage in Münster informiert. Sechs identifizierte Opfer im Kindesalter, 18 identifizierte Tatverdächtige, davon sieben in Haft – dies sei die bisherige Bilanz, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Die Ermittler hätten bei diesem Fall „keine Datenberge“ vor sich, sondern ein „Gebirge aus Daten“. Es handle sich um rund 4 Terabyte, dies entspreche einem Schriftsatz von 2,6 Milliarden DIN-A4-Seiten. Die Zahl der Ermittlungsverfahren in diesem Bereich habe sich im Vergleich zum Vorjahr etwa verdoppelt, sagte der Minister – von 1.895 auf 3.709 (Stand März 2020). Er führte dies u. a. auf die neue Ausstattung der Polizei zurück. Das Landeskriminalamt (LKA) sei den Missbrauchsfällen in Münster durch eigene Auswertungen in einem Internet-Tauschnetz-

werk auf die Spur gekommen. „Ohne die neue Ausstattung hätten wir das nicht bemerkt“, sagte Reul. **Hartmut Ganzke** (SPD) kritisierte, dass der zweimal einschlägig vorbestrafte Hauptverdächtige nicht bereits nach einer Hausdurchsuchung festgenommen worden sei. Bei der Durchsuchung sei verschlüsseltes Datenmaterial gefunden worden. Sein zehnjähriger Stiefsohn, eines der Opfer, habe deshalb noch monatelang mit seiner Mutter und dem Mann zusammengelebt. **Verena Schäffer** (Grüne) lobte die „gute Arbeit des LKA“. Die Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden müsse jedoch verbessert werden. Die Behörden müssten sensibler werden, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Täter sollten sich in der digitalen Welt nicht sicherer fühlen als in der analogen, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Innenminister Reul habe den Verfolgungsdruck erhöht, sagte **Dr. Christos Katzidis** (CDU). Man müsse aber auch auf die Zusammenarbeit mit Jugendämtern schauen.

Schulöffnungen

17.6.2020 – In einer Aktuellen Viertelstunde hat sich der Ausschuss für Schule und Bildung mit dem Regelbetrieb an Grundschulen und Förderschulen (Primarstufe) befasst, der am 15. Juni 2020 wieder aufgenommen worden war. Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) begründete die Entscheidung im Ausschuss u. a. damit, dass die Corona-Pandemie zwar nicht überstanden, die Zahl der Infektionen in den vergangenen Wochen aber rückläufig gewesen sei. Kinder bräuchten Kontakt zu Gleichaltrigen außerhalb der Familie und hätten ein gesetzlich verankertes Recht auf Bildung. **Sigrid Beer** (Grüne) kritisierte, das Schulministerium habe keine Konzepte für die Wiedereröffnung vorgelegt. Kinder müssten in stabilen Lerngruppen auch am Nachmittag betreut werden, zudem brauche es unterstützendes Personal etwa durch Lehramtsstudierende und Pool-Testungen auf Corona-Erkrankungen

für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler. **Jochen Ott** (SPD) mahnte an, das Schulministerium habe durch intransparentes Handeln und mangelnde Kommunikation für Polarisierungen unter Eltern, Lehrkräften und Verbänden gesorgt. **Helmut Seifen** (AfD) entgegnete, dass angesichts rückläufiger Infektionen keine Ängste geschürt werden dürften und der Regelbetrieb auch für ältere Schülerinnen und Schüler wieder aufgenommen werden müsse. **Frank Rock** (CDU) bemerkte, dass Grundschulen die Vorgaben des Ministeriums vorbildlich umgesetzt hätten – zur Freude von Schülerinnen und Schülern, die davon profitierten. **Franziska Müller-Rech** (FDP) bemerkte, dass Gewerkschaften sowie Oppositionsparteien teils überzogene Forderungen aufstellten. So sei es finanziell nicht möglich, 200.000 Lehrkräfte in NRW sowie zusätzliches Personal an Offenen Ganztagschulen regelmäßig auf Corona zu testen.

Beethoven-Jahr

18.6.2020 – Die Corona-Pandemie hat auch die Planungen für die Jubiläumsfeiern zum 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens verändert. Der Direktor des Bonner Beethoven-Hauses und Künstlerische Geschäftsführer der BTHVN2020 Beethoven Jubiläums GmbH, Malte Boecker, kündigte im Ausschuss für Kultur und Medien an, dass von den geplanten Projekten so viele wie möglich erhalten bleiben sollten. Daher sei beschlossen worden, die Jubiläumsfeierlichkeiten bis September 2021 zu verlängern. Nach Angaben des Kaufmännischen Geschäftsführers Ralf Birkner mussten demnach nur drei der mehr als 200 Projekte definitiv abgesagt werden. Ein Großteil werde verschoben. Es sei „relativ wenig verloren gegangen“, so Birkner. Auf jeden Fall stattfinden werde auch das für den Jubiläumstag 17. Dezember 2020 geplante Konzert in Bonn. Einen Geburtstag könne man nicht verschieben, so Boecker. Ludwig van Beethoven war 1770 in Bonn geboren worden.

Porträt: Wibke Brems (Grüne)



„Ich wollte die Welt retten“, sagt Wibke Brems. 1998, noch vor ihrem 18. Geburtstag, ist die Abgeordnete aus Gütersloh bei den Grünen eingetreten. „1998 – das war das Jahr, in dem SPD und Grüne die Bundesregierung übernahmen“, erinnert sich die 39-Jährige. 16 Jahre hatte Kanzler Kohl da regiert. Als Kind habe sie lange gedacht, „Bundeskanzlerhelmutkohl“ sei ein Wort, erzählt Brems – das Amt also an die Person gebunden. „Doch dann gab es diese unglaubliche Aufbruchstimmung.“

„Wegen der Umweltpolitik“ sei sie zu den Grünen gegangen, sagt Brems – und denkt an die massiven Proteste, die verhinderten, dass der Shell-Konzern die Nordsee-Ölplattform Brent Spar mit mehr als 100 Tonnen giftigem Ölschlamm im Nordatlantik versenkte. Auch das Ende der Atomkraftwerke war längst nicht beschlossen. „Ich war einfach entsetzt, wie wir mit unserer Erde umgehen“, erklärt die Ingenieurin – „und habe dann gedacht: Du musst dich politisch engagieren.“

Politisch war auch die Wahl ihres Studienfachs. An der Fachhochschule Bielefeld hat Brems ab 2000 Elektrotechnik studiert – mit der Fachrichtung Erneuerbare Energien. „Ich wollte Technik verstehen und vermitteln“, sagt sie. „Die Tüftlerin, die im stillen Kämmerlein Dinge erfindet, war ich nie.“

Umgesetzt hat die Ostwestfälin ihr Fachwissen dann in der Photovoltaik – zunächst als selbstständige Beraterin, danach bis zur Übernahme des Landtagsmandats 2010 als Leiterin des technischen Supports bei einem Photovoltaik-Großhändler in Paderborn. Parallel blieb sie bei den Grünen aktiv, war sachkundige Bürgerin, wurde Vorsitzende des Grünen-Kreisverbands Gütersloh. Seit 2004 ist sie Ratsfrau der Stadt.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Wibke Brems. Die 39-jährige Ingenieurin ist Sprecherin der Grünen Fraktion für Klimaschutz und Energiepolitik.

„Gütersloh ist Heimat“, sagt die in Bremerhaven geborene Brems. Zwar stamme ihre Familie aus dem Bremischen, woran auch ihr Name erinnere.

Sie war sieben Jahre alt, als die Familie wegen der Arbeit ihres Vaters nach Ostwestfalen zog. Im Gütersloher Stadtteil Kattenstroth hat sie zusammen mit ihrem aus Düsseldorf stammenden Mann Can Erdal, wie sie bei den Grünen und Experte für digitales Marketing, ein Holzhaus gebaut, auf dessen Dach natürlich eine Solaranlage Strom erzeugt.

Im Landtag vertritt Brems für die Grüne Fraktion das „Zukunftsthema Nummer 1“: die Energiepolitik und damit große Teile des Themas Klimaschutz. Dabei scheut die Umweltpolitikerin, die kein eigenes Auto hat, nur im Notfall auf Carsharing zurückgreift und gern mit dem Fahrrad in den Urlaub fährt, auch harte Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner nicht. Mehr als „pure Lippenbekenntnisse“ gebe die Klimaschutz-Politik von CDU und FDP nicht her, erklärte sie etwa Ende Mai in einer Aktuellen Stunde des Landtags zum Ausstieg aus der Braunkohle.

Kohleausstieg

„Gegen eine breite Kohle-Front“ argumentierten im Parlament allein die Grünen, ärgert sich Brems auch über die traditionell kohlefreundliche SPD: „Von den Klimawandel-Leugnern ganz rechts rede ich erst gar nicht.“ Die Energieexpertin setzt deshalb auf „die Mehrheit außerhalb des Landtags“ – Umfragen bestätigten seit Jahren den Wunsch der Deutschen nach einem schnelleren Kohleausstieg. Das Feedback von außen, etwa durch die „Fridays for Future“-Bewegung, ist ihr wichtig: „Das zeigt mir, dass wir nicht allein sind.“

Die Verlangsamung der Erderwärmung sei „die wichtigste Aufgabe, die es zu lösen gilt“ – davon ist die Grüne überzeugt. Überfällig sei aber auch ein vollständiger Atomausstieg und damit die Abschaltung von Deutschlands einziger Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau, die etwa das marode belgische Atomkraftwerk Tihange mit Brennstoff beliefere. Ob die Oppositionsrolle dann nicht frustrierend sei? Wibke Brems lacht. „Ich bin nicht in die Politik gegangen, um zu meckern, sondern um zu gestalten, um zu regieren.“

Dass dies – Stand heute – eine Koalition mit den Christdemokraten bedeuten dürfte, ist Brems klar: „Ich habe keine generellen Berührungspunkte mit der CDU.“ Im Stadtrat von Gütersloh jedenfalls habe Schwarz-Grün funktioniert, als Ralph Brinkhaus, heute Vorsitzender der CDU-Bundestagsabgeordneten, dort noch Chef der Ratsfraktion war. „Mir geht es um konkrete Ergebnisse“, sagt die Ingenieurin. „Wenn Inhalte wie mehr Klimaschutz, ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Schließung der Urananreicherungsanlage umsetzbar sind, kann ich mir Schwarz-Grün auch im Land vorstellen.“ *Andreas Wyputta*

Zur Person

Wibke Brems ist seit 15. Juli 2017 als Nachfolgerin von Sylvia Löhrmann Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Zuvor war sie bereits von Juni 2010 bis März 2012 sowie von Mai 2012 bis Mai 2017 Landtagsabgeordnete der Grünen. Seit 2016 ist sie eine der Vorsitzenden im Grünen-Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Ich lese gerne und sehr viel, von englischen über historische Romane zum Entspannen bis zu Sachbüchern über Klimaschutz und Feminismus zur Weiterbildung. Aus der Fülle kann ich mich für kein Lieblingsbuch entscheiden. Auf meinen Ebook-Reader passen alle drauf, daher ist das mein Lieblingsbuch.

Welche Musik hören Sie gerne?

Je nach Stimmung: Bei guter Laune muss es tanzbar und mitsingbar sein – von Robbie Williams über Beatles bis Lady Gaga. Zum Sinnieren hilft dagegen Klassik.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig? Selbstgemachtes Schokoladen-Eis.

Ihr liebstes Reiseziel?

Von Zuhause mit dem Rad in die Senne, eine einzigartige Naturlandschaft, die es verdient hätte, Nationalpark zu werden. Vom politischen Trubel kann ich am besten in den Wäldern und an den Seen Schwedens abschalten.

Kurz notiert

25 Jahre im Landtag

Die 1. Vizepräsidentin des Landtags, Carina Gödecke, ist seit 25 Jahren Mitglied des Landesparlaments. Präsident André Kuper gratulierte der SPD-Politikerin am 9. Juni 2020 zum Jubiläum und würdigte die Verdienste der früheren Landtagspräsidentin um den Parlamentarismus und ihren Einsatz für Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und den Dialog der Religionen. Die Bochumerin Gödecke sagte: „Ich bin dankbar, in einem Land zu leben, in dem man durch persönliches und politisches Engagement etwas für die Menschen und unsere gemeinsame Zukunft erreichen kann. Es war und ist heute mehr denn je unser Auftrag, für die Demokratie einzutreten.“

Sommerprogramm

Der Besucherdienst des Landtags bietet während der Sommerpause (29. Juni bis 11. August 2020) für Interessierte ein Freiluft-Informationsangebot an. Werktags zwischen 14 und 18 Uhr finden auf der Rheinseite des Gebäudes jeweils zur vollen Stunde Vorträge zur Geschichte des Gebäudes und zur Parlamentsarbeit statt. Für ein Einhalten der Abstandsregeln wird gesorgt. Das Angebot finden Interessierte auf dem Rondell zwischen Landtagsrestaurant und Parlamentsufer.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Parlamentszeitschrift Landtag Intern verabschiedet sich mit dieser Ausgabe in die parlamentarische Pause. Wir wünschen Ihnen einen schönen Sommer und erholsame Ferien. Die neue Ausgabe von Landtag Intern erscheint nach der Sommerpause am 1. September 2020.

Ihre Redaktion



Foto: Schälte